GASTKOMMENTAR

Darum brauchen wir endlich ein neues Patentrecht

LUDWIG VON REICHE

Seit 145 Jahren werden in Deutschland „Patente ertheilt für neue Erfindungen, welche eine gewerbliche Verwerthung gestatten" – so das Patentgesetz von 1877. Patentinhaber werden belohnt durch ein Recht auf Zeit zur exklusiven Nutzung der Erfindung bei gleichzeitiger Offenlegung ihres Inhalts. Wenn andere das Patent verletzen, können sie gerichtlich verurteilt werden, dies zu unterlassen.

Das deutsche Patentrecht war mehr als hundert Jahre lang ein Anreiz für Innovation ohnegleichen – und damit zur Schaffung von Wohlstand. Aber: Als Carl Benz 1886 das Patent für sein „Fahrzeug mit Gasmotorenbetrieb" erhielt, war das *ein* Patent für *ein* Produkt. Heute ist das die große Ausnahme: Zwar mag manch chemische Verbindung noch durch *ein* Patent zu schützen sein. Aber Autos, Mobilfunk, medizinische Anlagen und vieles mehr sind vernetzte Hightechprodukte, in denen leicht mehr als 100.000 Patente implementiert sind.

Damit ist es vielfach praktisch unmöglich, alle für ein neues Produkt relevanten Patente im Blick zu haben. Zudem stellt sich die Mehrzahl aller Patente bei genauer Prüfung durch das Bundespatentgericht als ganz oder teilweise ungültig heraus. Allein im Telekommunikations- und Softwarebereich hätten nach Angaben der Deutschen Telekom über 80 Prozent aller Patente gar nicht erteilt werden dürfen.

Hinzu kommt eine deutsche Sonderheit: Ein Patentverletzer kann in acht bis zwölf Monaten zur Unterlassung verurteilt werden, aber die Gegenklage auf Unwirksamkeit des Patents vor dem Bundespatentgericht wird selten vor 27 Monaten entschieden.

Diese „schiefe" Rechtslage (auch „Injunction Gap" genannt) wird zunehmend ausgenutzt: Hedgefonds und einzelne Unternehmen horten ältere, oft minderwertige, nicht selten sogar eigentlich ungültige Patente – nicht um Produkte zu entwickeln, sondern zu dem einzigen Zweck, industrielle Nutzer zur Kasse zu bitten, die versehentlich ein Patent verletzt haben. Das System wird missbraucht, um großen wie kleinen Unternehmen zur Vermeidung von Prozessen massiv überhöhte Zahlungen abzupressen – Geld, das dann für Investitionen nicht mehr zur Verfügung steht. Das Patentrecht wird so zur Innovationsbremse.

Das derzeit im Bundestag diskutierte Gesetz zur Modernisierung des Patentrechts ist ein Balanceakt: Es soll den Anreiz für Erfindungen sichern und zugleich eine angemessene Lösung schaffen für die heutigen Produktwelten, in denen Innovation zunehmend aus der Kombination und Vernetzung von Komponenten besteht. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung ist grundsätzlich gut: Die Gerichtsverfahren sollen beschleunigt und besser verzahnt werden, vor allem aber sollen in gewissen Fällen das Verhältnismäßigkeitsprinzip und Drittinteressen berücksichtigt werden. Mit kleinen Änderungen für die Anwendung von Verhältnismäßigkeit, wie sie unsere Organisation IP2Innovate vorgeschlagen hat, könnte die gerichtliche Umsetzung noch besser abgesichert werden. Dann könnten faire Ausgleichszahlungen an die Stelle erpresster Entschädigungen treten, die den Standort Deutschland gefährden, wenn der Gesetzgeber hier nicht endlich einen Riegel vorschiebt.

Dies hat nun aber Kritiker auf den Plan gerufen: die Verwerter industriell nicht benötigter Patente, weil sie ihre monetären Pfründe gefährdet sehen, und die chemische und pharmazeutische Industrie, die behaupten, ihr Geschäftsmodell werde dadurch beeinträchtigt. Sie unterschätzen in meinen Augen die Dynamik digitaler Innovationen, die auch sie vor neue Anforderungen stellt.

Das deutsche Patentrecht braucht dringend eine konsequente Modernisierung – eine gute Balance zwischen gewohnter Sicherung der Rechte von Erfindern und dem Schutz redlicher Unternehmen vor Missbrauch sowie der Unterstützung von Innovationen im digitalen Zeitalter.

■ Der Autor ist deutscher Sprecher der Organisation IP2Innovate, die sich für eine Flexibilisierung des europäischen Patentrechts stark-macht, und Geschäftsführer bei einem forschenden, weltweit tätigen IT-Unternehmen.

ESSAY

DPA/CECILIA FABIANO

Hoffnungsträger, obwohl man wenig über ihn weiß: Mario Draghi vergangene Woche, kurz vor seiner ersten Ansprache als neuer Ministerpräsident von Italien

Die Torheit der Regierenden

Die Zustimmung für Italiens neuen Ministerpräsidenten Mario Draghi zeigt: In der Corona-Krise wünschen sich viele einen starken Anführer. Doch das beruht auf einem Missverständnis

THOMAS SCHMID

Vor einem halben Jahrzehnt stürzte die Flüchtlingsfrage Deutschland in eine folgenreiche Krise. Den Migrationsbefürwortern standen jene schroff gegenüber, die nationale Souveränität sowie Grenzschließungen einforderten und der Bundeskanzlerin „Rundum-Versagen" vorwarfen. Letztere, unter ihnen zahlreiche Ex-Linke, glaubten aber bald, Verbündete auf der politischen Bühne gefunden zu haben: Politiker, die für den betont starken Migrationsabwehr-Staat eintraten. Etwa der damals noch sehr abwehrbereite Markus Söder. Der Star unter ihnen wurde aber schnell Österreichs junger Bundeskanzler Sebastian Kurz. Er schien allen Bedenkenträgern schwungvoll zu beweisen, dass eine rigorose Inländer-first-Politik möglich ist. Wenn man nur will. Wenn es nur einen starken Mann gibt.

Nur ein paar Jahre später bietet sich in der Corona-Zeit ein ganz anderes Bild. Söder wie Kurz haben auch diesmal versucht (und versuchen es noch immer), wie schnelle und harte Entscheider zu wirken. Tatsächlich trippeln beide – ebenso wie die Bundeskanzlerin, der Gesundheitsminister und die ganze Phalanx der Virologinnen und Virologen – gleich einer aufgescheuchten Hühnerschar tagtäglich durch die Pfützen von Halbheiten, Entscheidungen, widerrufenen Entscheidungen, Ankündigungen, Dementis und immer wieder neuen Vorschlägen. Sie sind mit demselben begrenzten Wissen gesegnet wie alle anderen auch. Doch seltsamerweise tut das ihrem Ruf, scharf-effektive Hunde zu sein, keinen Abbruch. Das weckt den Verdacht, dass es den Söder- und Kurz-Fans gar nicht um Taten, sondern um Gesten geht. Darum, dass einer den starken Mann mimt. Dahinter steht wohl die Sehnsucht nach autoritärer Führung. Genauer: nach dem Anschein von autoritärer Führung.

Dieses Bedürfnis ist gegenwärtig besonders eindeutig auch in Italien am Werk. Dort hat der Kult um den neuen Ministerpräsidenten Mario Draghi fast bizarre Ausmaße erreicht. In vorauseilendem Gehorsam hat ihm eine sehr große Koalition fast aller Parteien den Segen erteilt – so als sei er ein neuer Moses, der sein Volk in das Land führen könnte, wo Milch und Honig fließen. Sein Ruf wie Donnerhall gründet darauf, dass er kein Politiker ist. Sondern als Fachmann gilt. Es scheint zu gelten: Wer den Euro retten kann (was im Übrigen noch nicht erwiesen ist), wird doch auch den EU-Teilstaat Italien retten können. Eigentlich gibt es für das überwältigende Vertrauen, das Parteien wie Bevölkerung Draghi entgegenbringen, keinen Grund. Denn niemand kennt ihn. Er ist, aller medialen Ausleuchtung zum Trotz, eine verhüllte Person. Er spricht nicht, gibt keine Interviews, schweigt. Ganz Italien rätselt derzeit, wo der Parteilose politisch wohl stehe. Man vermutet, er sei ein Sozialliberaler – wofür man als Indiz kaum mehr als die Tatsache anführen kann, dass er bei einem bekannten Keynesianer Wirtschaftswissenschaften studiert hat.

Draghi ist vor allem eine Projektionsfläche. Er erscheint als das, was andere in ihm sehen wollen. Zugleich bedient er den Wunsch nach dem entrückten Herrscher, der es nicht nötig hat, sich zu erklären. Der die Dinge mit strenger Autorität richten wird. Und damit die Bürger von Verantwortung entlastet. Der Draghi-Hype ist eigentümlich kindlich. Mario Draghi ist der vierte italienische Ministerpräsident, der nicht politisch, sondern wissenschaftlich ausgewiesen ist. Er gilt als Fachmann und hat ein Drittel aller Ministerien mit Parteilosen besetzt, darunter so wichtige Ressorts wie Wirtschaft und Finanzen, Infrastruktur, Schulen, Universität und Forschung sowie technologische Innovation und Digitalisierung. Gerade das scheint ihm Glaubwürdigkeit zu verleihen.

Diese Überzeugung steht in der Tradition eines Denkens, für das die unübersichtlichen modernen Gesellschaften zwar stets anfällig sind, das aber weder zur Demokratie noch zur Republik passt. Wer so denkt, geht davon aus, dass es in der Sphäre der Politik das Richtige und das Falsche gibt. Und dass dies allein Fachleute erkennen können. Politik wird so aus der Arena der widerstreitenden Meinungen, der Diskurse und des Streits verbannt. Und der demokratische Politiker, der sich ja notwendigerweise in dieser Arena des Hin und Her, des Trial-and-Error bewegen muss, erscheint dann als eine haltlose, von Unwissen, Selbstüberschätzung und nicht zuletzt privatem Eigennutz getriebene Gestalt. Die Kehrseite der Verklärung des angeblich unparteiischen Fachmanns ist die Herabwürdigung demokratischer Verfahren.

Dieses Denken hat eine lange Tradition. Am europäischen Anfang steht Platons Dialog „Politeia", in dem er die Idee entwickelt, der gute Herrscher müsse ein Philosoph ohne Besitz und Familie sein. Allein dessen Entscheidungen könnten der politischen Vernunft Geltung verschaffen – alle anderen Menschen blieben Spielball ihrer Leidenschaften und wären vor Korruption nicht geschützt. Platon selbst hat dieses Ideal später zwar für chancenlos erklärt. Es wirkte aber durch viele Utopien hindurch bis in die Gegenwart fort. Gerade Diktatoren haben sich oft darauf berufen.

Von Platons Ideal geht eine große Kraft der Verführung aus. Denn es weckt die Hoffnung, es sei auf dieser Welt möglich, Streit und Zwietracht, die zum Wesen aller real existierenden Gesellschaften gehören, endlich ein Ende zu bereiten. Und zum Zustand großer Harmonie zu gelangen. Mit großer Schärfe hat der Philosoph Karl Popper diesen Kindertraum der Menschheit zurückgewiesen. Mit einem einfachen Argument: Absolute Weisheit kann es nicht geben, daher auch keine gute Herrschaft der Besten. Klüger ist es, immer mit schlechten und inkompetenten Herrschern zu rechnen. So schön es sein mag, von guten Politikern regiert zu werden – besser und sicherer ist es, Institutionen und Machtbalancen zu schaffen, die Politiker daran hindern, „durchzuregieren" und zu großen Schaden anzurichten. Die gute Gesellschaft kann immer nur allenfalls die zweitbeste Gesellschaft sein. Wir brauchen nicht Führer-Fachleute, sondern das eingehegte Chaos der unzulänglichen Demokratie. Und Politiker, die in diesem Chaos halbwegs gut navigieren.

Zu den Gefahren des Coronavirus gehört auch, dass es in seiner unsichtbaren Unberechenbarkeit Ratlosigkeit oder Angst auslösen kann und zum Ruf nach dem starken Fachmann führt. Gerade deswegen sind heute Politiker so *nötig, die sich auf das* Navigieren im Chaos verstehen. Auf den ersten Blick sieht es auch tatsächlich so aus, als verhielten sich Bundesregierung und Ministerpräsidenten nach dieser Devise. Sie fahren erkennbar auf Sicht, machen – meist – keine unhaltbaren Versprechen und setzen auf die Einsicht der Bevölkerung. Niemand tut so, als habe er den Corona-Stein der Weisen gefunden, die Pandemie hat alle in eine gewisse Demut einwilligen lassen.

Doch beim genaueren Blick auf das Tag für Tag sich hinziehende und manchmal an den Nerven zerrende Corona-Durcheinander sieht die Sache freilich anders aus. Denn in gewisser Weise ähneln die Bundeskanzlerin und ihr Gefolge durchaus dem Bild, das man von Mario Draghi hat. Sosehr sich Angela Merkel in Corona-Fragen auch in der ihr wenig vertrauten Kunst des Erklärens und Vermittelns bemüht hat, kann das doch nicht verdecken, dass auch sie ähnlich wie Draghi – mit dem sie sich gut versteht – eine verhüllte, halb verborgene politische Gestalt geblieben ist.

Wie auch ihre Gefolgsleute hat sie sich nur widerwillig in das Parlament, die Herzkammer der Demokratie, begeben – zur Not geht es für sie auch ohne Bundestag. Und mit dem außerplanmäßigen Gremium der Ministerpräsidenten, die sie um sich versammelt, schuf sie eine Verlautbarungs- und Anordnungsinstitution, ein nirgendwo vorgesehenes Entscheidungsgremium. Die „Torheit der Regierenden" (Barbara Tuchman) lag in der Geschichte oft nicht darin, dass diese zu weich waren, sondern darin, dass sie eine Stärke und eine Einsicht vortäuschten, die sie nicht besaßen.

Nötig ist heute: das Fahren auf Sicht täglich zu erklären. Den Streit der Virologen-Fachleute nicht nur in die Medien zu externalisieren, sondern ihn mitten im politischen Feld zu organisieren. Die Fähigkeit, das Drama bisher nicht gekannter Freiheitsbeschränkungen eindringlich zu benennen. Und die Kraft der Ministerpräsidenten, das Wettbewerbselement des Föderalismus zwar weiterhin hochzuhalten, aber auch die Selbstbeherrschung zu entwickeln, in der Runde der Länderchefs nicht jede Gelegenheit zur Selbstprofilierung als fürsorglicher Hardliner oder als Prophet der Rückkehr zur Normalität zu nutzen. In dieser Krise braucht die Demokratie nicht so sehr starke Frauen und Männer als vielmehr belehrbare, sprechfähige und zur öffentlichen Selbstkorrektur bereite Politiker. Die handeln müssen und, wie wir auch, wissen, dass sie nur wenig wissen. Und die ein festes Auge auf die Integrität der Institutionen haben.

IMPRESSUM Verleger AXEL SPRINGER (1985 †)

Herausgeber: Stefan Aust
Chefredakteur: Dr. Ulf Poschardt
Stellvertreter der Chefredakteure: Oliver Michalsky, Anne Teetz
Chefredakteure in der Welt-Gruppe: Johannes Boie, Dagmar Rosenfeld
Stv. Chefredakteur: Robin Alexander
Geschäftsführender Redakteur: Thomas Exner
Chefkommentator: Torsten Krauel
Redaktionsleiter Digital: Stefan Frommann
Leitung Editionsteam: Christian Gaertner, Stv. Philip Jürgens, Lara Winckler
Creative Director: Cornelius Tittel
Artdirektion: Juliane Schwarzenberg, Stv. Katja Fischer

Politik: Marcus Heithecker, Claudia Kade, Lars Schroeder, Dr. Jacques Schuster Forum: Eva Marie Kogel, Stv. Rainer Haubrich Investigation/Reportage: Manuel Bewarder, Anette Dowideit Außenpolitik: Klaus Geiger Wirtschaft/Finanzen: Jan Dams, Olaf Gersemann, Stv. Dietmar Deffner, Nando Sommerfeldt, Thomas Exner (Senior Editor) Feuilleton: Dr. Mara Delius, Andreas Rosenfelder, Stv. Hannah Lühmann *Literarische Welt:* Dr. Mara Delius *Literarischer Korrespondent:* Richard Kämmerlings Stil/Reise: Adriano Sack, Stv. Sönke Krüger, Inga Griese (Senior Editor) Sport: Matthias Brügelmann Wissen: Dr. Pia Heinemann, Stv. Wiebke Hollersen Regionalredaktion Hamburg: Jörn Lauterbach Nachrichten/Gesellschaft: Thore Barfuss Community/Social: Franziska Zimmerer WELTplus: Sebastian Lange Video: Martin Heller

CvD Produktion: Patricia Plate Foto: Michael Dilger, Stv. Stefan A. Runne Infografik: Sandra Hechtenberg, Karin Sturm
Chefkorrespondent Außenpolitik: Dr. Sascha Lehnartz, Clemens Wergin Chefökonomin: Dr. Dorothea Siems Korrespondenten Politik/Gesellschaft: Ulrich Exner, Dr. Richard Herzinger Chefkorrespondent Feuilleton: Dr. Jan Küveler Chefkorrespondent Wissenschaft: Dr. Norbert Lossau Chefreporter: Stefan Frommann Chefreporter Wissenschaft: Axel Bojanowski Leitender Redakteur Zeitgeschichte: Sven Felix Kellerhoff
Ständige Mitarbeit: Prof. Michael Stürmer Autoren: Henryk M. Broder, Dr. Susanne Gaschke, Peter Huth, Alan Posener, Benjamin von Stuckrad-Barre, Hans Zippert

Auslandskorrespondenten: Brüssel: Dr. Tobias Kaiser, Dr. Christoph Schiltz Budapest: Boris Kalnoky Istanbul: Deniz Yücel Kapstadt: Christian Putsch London: Stefanie Bolzen, Thomas Kielinger Marrakesch: Alfred Hackensberger Moskau: Pavel Lokshin New York: Hannes Stein Paris: Martina Meister Warschau: Philip Fritz Washington: Steffen Schwarzkopf, Dr. Daniel Friedrich Sturm